

Saale-Zeitung.

Stierndvierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet...

Redaktion und Haupt-Verlagsstelle: Halle, Gr. Sandbühnenstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei vorzeitiger Bezahlung 2,50 Mk., durch die Post 2,75 Mk., einschließlich Zustellungsgeld...

Nr. 127.

Halle a. S., Donnerstag, den 17. März.

1910.

Die Wahlrechtsvorlage angenommen.

Berlin, 16. März. Das Abgeordnetenhaus hat die Wahlrechtsvorlage in 3. Lesung mit 238 Stimmen gegen 168 Stimmen bei auf kleinere Veränderungen nach den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen.

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 16. März. Am Mittwoch: v. Bethmann-Hollweg, v. Nolcke. Staatspräsident Dr. Forst eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Der Gegenstand der Verhandlung war die Wahlrechtsvorlage. Der Gegenstand war die Wahlrechtsvorlage. Der Gegenstand war die Wahlrechtsvorlage.

3. Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Einige Mitglieder der konservativen Fraktion werden gegen den Gegenstand im ganzen stimmen, teils weil sie 3. Z. eine Aenderung des preussischen Wahlrechts überhaupt nicht für notwendig halten, teils weil sie in der Einführung der geheimen Wahl eine unüberwindlichen Hindernis sehen.

Aber wir sind andererseits sicher, daß mit dem Tage, wo das der Fall wäre, wir für Preußens Zukunft fürchten müßten! (Beif. Zustimmung rechts, stürmischer Widerspruch links.)

Wir werden die Beschlüsse zweiter Lesung, die ja wohl unverändert bleiben werden, ablehnen. (Bravo! links.) Wir bedauern, daß wir nicht glauben, mit unserer energischen Mitwirkung an diesen Beschlüssen dem Vaterlande einen wesentlichen Dienst geleistet zu haben!

Abg. Dr. Friedberg (ntl.)

Wir werden die Beschlüsse zweiter Lesung, die ja wohl unverändert bleiben werden, ablehnen. (Bravo! links.) Wir bedauern, daß wir nicht glauben, mit unserer energischen Mitwirkung an diesen Beschlüssen dem Vaterlande einen wesentlichen Dienst geleistet zu haben!

Abg. Frhr. v. Jellich (ntl.)

Wir stehen fast durchweg auf dem Standpunkt der Öffentlichkeit der Wahl. Aber da sie definitiv abgelehnt ist, müßten wir unsere Haltung der Weisheit anbequemen und die geheime Wahl akzeptieren.

zeigt. Auch wir wünschen die Mitarbeit der Linken, aber unsere aus der konservativen Grundanschauung herrührenden Bedenken müssen berücksichtigt werden.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg

Namens der Regierung habe ich zu erklären: die Regierung ist bei ihrer Vorlage davon ausgegangen, daß an dem abgestuften Wahlrecht festgehalten werden muß, und daß das direkte und geheime Wahlrecht nicht gleichzeitig gewährt werden dürfe.

Abg. Fischbeck (Vp.)

Wir bleiben auch nach den jetzigen Vorschlägen bei unserer ablehnenden Haltung. Damit handeln wir in vollem Einverständnis mit unseren Wählern. Das sind nicht die sozialdemokratischen Massen auf der Straße, sondern gute preussische Patrioten!

Abg. v. Jadzewski (Volk):

Wir können als Anhänger der geheimen und direkten Wahl die Vorlage ab.

Skandal- und Lärmereien.

Auch wir lehnen die Vorlage ab. Die Konservativen, die Triarier Sr. Majestät, haben eine schwere Krise durch ihre Salscharrigkeit heraufbeschworen. Das Abgeordnetenhaus hat sich in dieser Frage als eine Trübsal- und Scherzrede gezeigt.

Abg. Dr. Liebnicht:

Es ist mir Unerschämtheit vorgeworfen worden. (Rufe rechts: Raus! raus!)

Abg. Dr. Liebnicht:

Wenn ich das gehört hätte, hätte ich es gerügt. (Erneute Rufe rechts: Raus mit ihm!)

nicht gemacht werden. Die Sehnsucht der Konfessionen nach den Nationalliberalen, die auch das Zentrum teilt, ist nichts als die Sehnsucht nach Kompilgen und Mitsprachem an dieser Schandtat. (Großer Lärm.)

Vizepräsident Dr. Krause

ruff den Redner zur Ordnung, unter Hinweis auf die geschäftsordnungsähnlichen Folgen eines dritten Ordnungsrufes.

Abg. Dr. Heiser:

Die Regierung die sich nicht unklarer will, ist eingeschert von Jansen und Pfaffen. Wozu kommen die Minister überhaupt noch hierher? Sie werden doch regiert! (Heiterkeit.) Die Behandlung der Vorlage ist schon heute Durchprüfung mehr, sondern sie ist die Frucht von dem Wille. (Lachen rechts.) Die Vorlage des jüngsten Gerichts, das ein Volksgesetz ist, wird Ihnen groß in die Ohren gehen. Der Kampf um das Wahlrecht geht weiter! (Beifall bei den Sozial.)

Abg. Dr. Westhoff (Str.):

Ich habe es unter meiner Würde, Herrn Heiser noch zu antworten. Wir werden uns aber doch überlegen müssen, ob wir uns eine solche Tonart auf die Dauer gefallen lassen wollen. (Läch. Zustimmung.) Die Rede des Herrn Heiser hat mich einen Augenblick annehmen, der sozialdemokratische Antrag auf Verleihung des Wahlrechts an alle Wählerinnen Weiblein ist schon Geheiß! (Heiterkeit.) In der Treue und Unterstützung unserer Wähler (Gesichter links) werden alle Versuche anderer Parteien scheitern, sie über Ohr zu bauen! (Lachen links. Zuruf: Das begehren Sie schon selbst! — Heiterkeit.) Uns leiten nur ethische Momente. (Lachen links.) Wir sind stolz darauf, an der Erfüllung eines Königsworts mitgewirkt zu haben. (Beifall im Zentrum.)

Die Generaldebatte schließt. Eine Reihe reaktionärer Änderungsanträge der Rechten und des Zentrums werden debattiert angenommen.

Bei § 4 (Geheime und indirekte Wahl) erklärt

Abg. Frh. v. Nitzschofen (son.):

Anlässlich der ungeschickten Mehrheit im Plenum für die geheime Wahl verzieht ich auf Einbringung meines Antrags auf öffentliche Wahl. Die Einbringung dieses Antrags in zweiter Lesung war kein tatsächliches Wandern; die Taktik lag auf anderer Seite. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (nat.):

In diesem Stadium der Verhandlung verzieht ich auf eine Auseinandersetzung darüber, was das tatsächliche Wandern zu suchen ist.

Abg. Frh. v. Zedlitz (fr.):

Wir akzeptieren § 4 nur bedingungsweise, unsere endgültige Stellungnahme hängt von der Fassung des § 4 ab. (Ein Schlussantrag wird angenommen. (Zuruf bei den Sozial: Unmöglich!) — § 4 wird darauf angenommen.) Bei § 6 (Anrechnung der Steuer bei der Abteilungsabteilung) beantragen die Freikonfessionen die Einstellung der Wähler in Abteilungen einseitig für die ganze Gemeinde.

Abg. Frh. v. Zedlitz (fr.):

begründet den Antrag. Die Drittelung nach Urwahlbezirken verzieht gegen den Grundgedanken des Wahlrechts und begünstigt Sozialdemokraten und Polen. Wird unser Antrag abgelehnt, so können wir größtenteils gegen das ganze Gesetz. (Beifall bei den Sozial.)

Zunächst ist zu § 6 ein Antrag Dr. Arendt (fr.) eingebracht, wonach in Gemeinden mit über 50000 Seelen die Wahlkreisgrenze auf 10000 W. festgesetzt werden soll. Ferner soll die Wahlkreisgrenze auf 10 Jahre — nämlich 1900 — um den Betrag erhöht werden, um den der Gesamtwahlkreis der Staatseinkommensteuer festgesetzt ist.

Minister des Innern v. Moltke

erklärt das Einverständnis der Regierung mit dem freikonfessionellen Antrag auf einheitliche Einteilung der Wähler in die Abteilungen für die ganze Gemeinde (Hört! hört!), ebenso mit dem freikonfessionellen Antrag wegen der Wahlkreisgrenze. (Läch. Hört! hört!)

Abg. Frh. v. Nitzschofen (son.):

Wir halten an der Drittelung in den Urwahlbezirken, wie sie auch die Regierungsvorlage vorsieht, (Hört, hört!) Allerdings würde die Annahme des freikonfessionellen Antrags die Sozialdemokraten hier aus dem Hause verdrängen lassen, was sehr verwerfend wäre. (Heiterkeit rechts.) Wer will Schäden kann auch ihre Unwiederbarkeit nicht, zumal wenn sie solche Schaden kosten, wie Herr Zedlitz, wenn die jeden Parteien im Lande gegen die Sozialdemokraten zu machen müssen. (Läch. Zustimmung rechts. Auf bei den Sozial.) Geben Sie die Rede doch als Privatblatt heraus! Einiges kann werden wir sicher gebrauchen! (Heiterkeit.) Wir sind gegen den freikonfessionellen Antrag, weil die Drittelung nach Urwahlbezirken im Interesse des Mittelstandes liegt. Sie ist übrigens 1892 gerade von den freikonfessionellen und dem Zentrum beantragt worden. (Hört, hört! rechts und im Str.) Wir wollen Herrn v. Zedlitz entgegenkommen und suchen nach einem Mittelweg. (Hört, hört!) Aber Herr v. Zedlitz kam uns nicht entgegen. (Läch. Hört, hört!) Den anderen freikonfessionellen Antrag wegen der Wahlkreisgrenze akzeptieren wir bis auf die schematische Erhöhung der Wahlkreisgrenze. Damit zeigen wir wohl, daß wir nicht Vertreter des Geheims sind. (Beifall rechts.)

Abg. Gerold (Str.):

Wir sind für die Drittelung in den Urwahlbezirken, sind aber bereit, eine kleine Milderung zuzugestehen. Jedoch darf der Charakter der Drittelung nicht wesentlich verfallen werden. Die Regierung stimmt jetzt dem freikonfessionellen Antrag zu. Es ist kaum jemals dagewesen, daß eine Regierung ihre eigene Vorlage in so großem Umfang preisgibt. (Sehr richtig! im Str. Lachen links.)

Gesamtantrag v. Jansen:

Die Regierungsvorlage ist vom Haupte so wesentlich abgeändert worden (Läch. Zustimmung und große Heiterkeit links), daß ich nur davor warnen kann, aus den Motiven der Regierungsvorlage weitere Gesichtspunkte herzuleiten. (Stürmische Heiterkeit und Läch. Zustimmung links.)

Abg. Dr. Schiller (nat.):

Diese Regierungserklärung soll wohl bedeuten: Wo wir so viel ausgehen haben, kommt es auf ein bißchen mehr oder weniger nicht an! (Sehr richtig! links.) Jetzt hat man auch die Regierung die Begründung des Gesetzes preisgegeben. Warum nicht schon früher? Das hätte die Sache doch sehr vereinfacht! (Sehr richtig! links.) Die Stellungnahme der Rechten und des Zentrums in der Drittelungsfrage bedeutet eine Entfestigung der Industrie. Wie bereits im Reichstage, so werden auch hier nur Arbeitervertreter des Zentrums die Industrievertreter vertreten, die mit Hilfe der Sozialdemokraten gewirkt sind. Dem Zentrum kann man diese Taktik ja nicht verdenken. Aber wie die Rechte dabei den Schrittmacher spielen kann, ist unermesslich.

lich. (Läch. Zustimmung links.) Sie wird zu spät erkennen, wie sie dabei gefangen ist. Nicht die hier vorliegenden Fragen, sondern die gegenwärtige Nichtannahme der Rechten und des Zentrums macht die Schwierigkeit hier schier unendlich. Erst wenn die Rechte sich von dieser Nichtannahme losmacht und ihren Blick auf das große Ganze richtet, erst dann ist die große Stunde der Einigung gekommen. (Stürmischer, andauernder Beifall links.)

Ein Schlussantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. Heinert (Soz.):

zum zweiten Male sei ihm als dem Sprecher der größten Partei (Gesichter rechts) bei einer so wichtigen Frage das Wort abgebrochen worden. In einem anständigen Parlament komme dergleichen nicht vor, die Mehrheit sollte sich schämen! (Allgemeines Gelächter.)

Vizepräsident Dr. Krause ruff den Redner zur Ordnung.

Abg. Frh. v. Zedlitz (fr.):

Mein Eintreten für die Drittelung nach Urwahlbezirken war 1891 eine Dummheit. Es erfolgte, weil ohne das Zentrum, das auf diesem Standpunkt stand, keine Reform zu machen war.

Bei der Abstimmung um die freikonfessionelle Antrag wegen der Drittelung abgelehnt, der andere freikonfessionelle Antrag (Wahlkreisgrenze 10000 W. in Städten über 50000 Seelen) genehmigt, dagegen die jeweilige Erhöhung der Wahlkreisgrenze abgelehnt.

Bei § 8 (Prinzip der Abstufungen) bemerkt

Abg. Frh. v. Zedlitz (fr.):

Wir beziehen uns auf unsere Anträge, die doch keine Anstöß haben, und werden für den Paragraphen trotz seiner Unvollkommenheit stimmen.

Abg. Heinert (Soz)

wird mit großem Lärm empfangen, kann verlassen ist alle Abgeordneten den Saal. Der Redner empfiehlt Verlesung des Wahlrechts erster Klasse an alle Soldatenkinder und Streikbrecher. Die vielgerühmte Bildung der Konfessionen habe sich bei den Krautwägen der Bonner Borussia und in der Art, wie Professor Adolf Wagner von den Agrariern behandelt wurde, besonders schon erwiesen. Welchen Lohn erhält wohl das Zentrum für seinen Verrat am Volke?

Vizepräsident Dr. Porck ruff den Redner zur Ordnung.

Abg. Dr. v. Campé (nat.):

In seiner jetzigen Gestalt ist § 8 nur eine Prämiierung der Examenweise, ein ungeheuerliches Einzelgesetz. Wir lesen den Paragraphen rundweg ab. (Beifall links.)

Die Debatte schließt. Persönlich verabschiedet sich

Abg. Frh. v. Nitzschofen (son.):

gegen die Unterstellung, als habe er die Arbeiter der Unbildung gegeben.

§ 8 wird darauf angenommen, ebenso beifalllos der Rest des Gesetzes.

Die Gesamtstimmung

über das Gesetz ist auf Antrag der Sozialdemokraten, dem sich die übrigen Parteien teils sofort, teils zögernd anschließen, namentlich. Von 400 Abgeordneten stimmten 288, nämlich die Konfessionen, das Zentrum und einige Freikonfessionen, für und 108 (Nationalliberale, Volkspartei, Polen, Sozialdemokraten, die große Mehrheit der Freikonfessionen und einige Konfessionen) gegen das Gesetz.

Die Resolutionen der Nationalliberalen und der Freikonfessionen wegen einer anderen Wahlkreisverteilung bzw. Vermehrung der Abgeordneten, sowie die Resolution der Sozialdemokraten auf Herabsetzung des zur Wahl berechtigten Alters auf 20 Jahre und die auf Einführung der allgemeinen geheimen Wahl für beide Geschlechter werden abgelehnt.

Zum Schluss wird die Erweiterung des Stadtratsbeschlusses Hensburg in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Hierauf geht das Haus in die Osterferien. Nächste Sitzung 7. April 11 Uhr (Etat der Bauverwaltung). Schluss 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

59. Sitzung vom Mittwoch, 16. März, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Weismann, Hofweg, v. Schoen, Delbück, Dornburg, Vize.

Der Etat des Auswärtigen Amtes.

Abg. v. Dissen (Sp.):

Ich merke Reueigier. Die auswärtige Politik ist das verschleierte Bild von Sals. Wir brauchen eine Politik der Stärke und Entschlossenheit, keine nationalliberale Politik. (Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Der Redner erörtert die Mannesmannfrage in einem dem Abg. Stresemann entgegengelegten Sinne. Die Gebrüder sind Marie Amerikaner. Die Erzählungen unserer Regierung in der Budgetkommission sind unzureichend; auf gewöhnlichen Arbeiten kommt es an. Was die jetzige Politik lebem oder langweilig sein, wir haben das Gefühl der Sicherheit. (Beifall rechts.) Der Etat des Reichsanstalters hat in einigen Tagen den Reichstag passiert. Der Redner spricht über die Refurrierung des diplomatischen Dienstes und wünscht eine Förderung des Deutschen Sozialvereins.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Nachdem eine große Reihe von Rednern aus diesem großen Hause die

Mannesmannfrage

aussführlich erörtert hat, sehe ich mich genötigt, auch meinerseits einige Worte zu sagen. Aus freien Stücken hätte ich es nicht getan, nachdem die Angelegenheit in der Budgetkommission so eingehend besprochen worden ist. Ich glaube nicht, daß die breite Erörterung im Plenum die Ziele fördert, in die der Vorherrscher der Budgetkommission deren Wünsche zusammengefaßt hat. (Sehr richtig! rechts.) Mögen die wirtschaftlichen Verle der Mannesmannkonglusionen noch so hoch sein, mag es noch so sehr zu bebauern sein, daß sie nicht in vollem Umfange verurteilt werden können, eine Lebensfrage Deutschlands sind sie nicht. Darum wird mich nichts lebenerinnen können, das Wort zu verlassen, das unsere Politik am 20. August 1893 in Tanger eingeleitet hat. (Sehr gut! rechts.) Unter diesen Umständen treten für mich alle übrigen Ermäßigungen völlig in den Hintergrund. Soweit es innerhalb der Grenzen, die uns durch internationale Verträge und Abmachungen gezogen sind, möglich ist, die wirtschaftlichen Interessen der Herren Mannesmann zu fördern, haben wir es getan und werden wir es auch in Zukunft tun. Erleichtert werden ist uns diese Aufgabe durch das Aufstehen der Herren Mannesmann bisher nicht. (Sehr richtig!) Ich habe nur den dringenden Wunsch, daß die Herren Mannesmann für die Zukunft in dieser Richtung Wandel eintreten

lassen. Der Abg. Stresemann hat gestern die Herausgabe des Weidbüchens in der Mannesmann-Angelegenheit beantragt. Er hat gesagt, das Auswärtige Amt habe mit dieser Veröffentlichung eine Klugheit in die Defektliste getan. Meine Herren, dieser Auffassung muß ich mit aller Entschiedenheit widersprechen. Ich hätte sehr gern von der Veröffentlichung des Weidbüchens abgesehen, weil, wie ich schon vorher ausführte, die öffentliche Darlegung des ganzen Falles dem Auswärtigen Amt das Eintreten für die Mannesmann-Interessen innerhalb der Grenzen, die ich lösen möglichst habe, nicht erleichtert hat. Nachdem aber die entzogenen Vertreter der Mannesmann-Interessen in eine sehr energisch betriebenen Propaganda immer von neuem die Zurückhaltung des Auswärtigen Amtes als Grund für den Defektlisteneintrag hingewiesen haben, blieb uns gar nichts anderes übrig, als der Öffentlichkeit zu zeigen, daß das Auswärtige Amt in dieser Angelegenheit nichts zu verbergen hat. (Sehr gut! rechts.) Damit verleihe ich diese Angelegenheit.

Herr Dr. Stresemann hat gestern im Eingang seiner Rede einen Rückblick auf unsere auswärtige Politik in den letzten Jahren geworfen und dabei ebenso, wie Graf Kanig es vor ihm getan hatte, insbesondere bei von der Zustimmung von ganz Deutschland getragenen

Politik des Fürsten Bülow

während der letzten Orientreise gedacht. Im Gegensatz zu dieser Politik der Entschlossenheit und der Stärke hat der Abg. Stresemann auf die Bezeichnung hingewiesen, die welche Kreise der öffentlichen Meinung darüber erfaßt, ob seit dem Abgang des Fürsten Bülow die Interessen Deutschlands in der auswärtigen Politik genügend gewahrt werden. (Gesichter im Zentrum.) Der Abg. Stresemann hat damit, wie ich gern anerkenne, in sehr vorzüglicher Weise angedeutet, was in einem großen Teil der Presse in den letzten Monaten wiederholt und mit großer Schärfe und mittelbar als Schwäche und Nachgiebigkeit unserer gegenwärtigen auswärtigen Politik gebrandmarkt worden ist. Gewiß, meine Herren, gerade die auswärtige Politik steht mit Recht unter der Kritik der Öffentlichkeit. Aber ich möchte es für ein gefährliches Beginnen halten, die Zeitung der auswärtigen Politik durch den Vorwurf der Schwäche — und ich meine keinen kühnen Vorwurf — vor dem Inland und Ausland zu distibrieren (Sehr richtig! rechts), ohne diesen Vorwurf durch ganz bestimmte Tatsachen beweisen zu können. (Sehr wahr! rechts.) Es handelt sich dabei nicht umsoviel die Stellung oder die Person des verantwortlichen Staatsmannes, sondern es werden dadurch die Grundlagen gefährdet, auf denen der Staat zu stehen vermag. Ich möchte ich fragen, wann wird irgend ein Moment erkannt werden, wo Deutschland in neuerer Zeit in seiner Stellung zu den Mächten Schwäche oder Nachgiebigkeit gezeigt hat? Ich habe mich in meiner früheren Stellung als Staatssekretär des Innern Gelegenheit gehabt, mich der Frage der Reform unseres Staatsangehörigkeitsgesetzes in besonderer Weise zu widmen. Als ich mich gegenwärtig zum Amt übernommen habe, habe ich gefunden, daß eine für die Gestaltung des ganzen Gesetzes oder hochwichtige Frage mir durch die bisherigen Vorarbeiten nicht genügend aufgeklärt zu sein schien. Ich bin deshalb genötigt gewesen, diese Frage noch einmal dadurch zu appropindieren, daß ich unsere auswärtigen Missionen um Mitteilungen über spezielle Dinge gebeten habe. Ich habe das getan gerade zu dem Zwecke, um bei einer Reform dieses Gesetzes den Bedingungen, unter denen die Deutschen im Auslande leben, in möglichst praktischer Weise gerecht zu werden. Wenn es dadurch unmöglich geworden ist, wie ich es ursprünglich gehofft hatte, im Laufe der gegenwärtigen Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, so werde ich doch persönlich bedauert sein die Frage so zu fördern, daß nicht mehr zu lange Zeit vergeht, bis dieser in der nächsten einmütig gefaßte Wunsch zur Erfüllung gebracht wird. (Beifall.) Zum Schluss lassen Sie mich noch einige wenige Worte über das Verhältnis der

Parteilosstellung zur auswärtigen Politik

lagen. Graf Kanig hat gestern seine Rede mit der Aufforderung geschlossen, trotz aller Meinungsverschiedenheiten in Fragen der inneren Politik die auswärtige Politik unseres Landes durch den einmütigen Willen des Reichstages zu tragen. Ich weiß nicht, ob Graf Kanig dabei an Äußerungen in öffentlichen Versammlungen gedacht hat, die nach Presseanschreien, die unwiderrufen geblieben sind, dahin gelautet haben sollen: ich würde genötigt sein, eine schwächliche und nachgiebige auswärtige Politik zu leiten, weil ich keine feste Majorität des Reichstages hinter mir hätte, und insofern hätten sich die Zustände im Reichstag zu früher doch wesentlich geändert. Meine Herren, ich möchte jedoch nicht so leicht meinen, daß die Parteien sollten es alle, so richtig bis zum äußersten links stünden, noch sich absetzen, als ob es das Maß der Unterwürigkeit, die sie der Regierung in Fragen der auswärtigen Politik gebühren wollen, abhängig machen von der größeren oder geringeren Zufriedenheit mit der Leitung der inneren Politik. (Beifällige Zustimmung.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vgg.):

Herr Scheidemann hat mich die letzte Säule der Brüder Mannesmann genannt. Das wäre keine Anrede für mich. Wir haben eine Erklärung des Staatssekretärs v. Schoen über die Mannesmannfrage in der Kommission gewünscht. Der Reichstagsler hat ja diese Erklärung nachgeholt, und wir sind damit zu frieden. Auf die Mannesmannfrage näher hier einzugehen, wäre nicht angebracht. Das Hineinziehen der Wahlrechtsfrage durch den Herrn Scheidemann geschah nur, um den Reichstagsler und den Herrn v. Jagow in plumper Weise andern zu können. Der Herr Reichstagspräsident hat sich durch sein Vorgehen in der Frage viel Anerkennung erworben. Wir behaupten, daß die Feuerrede nicht in lächerlichem Dienen liegt. Eine kleine Milderung wäre von Zeit zu Zeit gewiss keinen sehr nötig. (Heiterkeit.) Es ist ein femininistischer Zug in unserer auswärtigen Politik, der in größtem Widerspruch zu unserer Stärke liegt. Diese Dimension ist sehr matt! Ich muß — ob es deutlicher zu werden — an das Wort des Hofmarschalls v. Kals in „Kabale und Liebe“ denken: „Was bin ich, wenn mich die Durdlaucht verläßt? — Ein Bonmat von vorgestern, die Mode vom vorigen Jahr!“

Abg. Dove (fortsch. Volksp.):

Nach den Worten des Abg. v. Dissen ist es eigentlich gewagt, noch das Wort zu nehmen, denn er betrachtet uns ja alle als Partei in auswärtiger Politik. Aber da er selber sich in den Daten recht (Heiterkeit), so lasse ich mich nicht abhalten, doch noch einige Worte zu sagen. (Erneute Heiterkeit.) Wenn Herr Stresemann es so sehr hauptsächlich weltwirtschaftliche Gegenstände, die die Spannung zwischen England und uns verursacht haben, so kann ich das doch nicht zugeben. Sind es doch gerade die handelsmäßigen Kreise, die hier am meisten unter dem Einfluß der Mannesmannfrage stehen müssen und die die Verlegenheit betreffen, was naturgemäß auf die auswärtige Politik zurückzuführen muß. Auch so es sich um die Vertretung der Interessen Deutscher im Auslande handelt, muß geprüft werden, ob es rechtlich begründet ist. Es darf be nicht gehen: recht or wrong, my country! Auch Fürst Bismarck hat so gedacht. Deshalb dürfen auch die Mannesmann

den Interessen nur insoweit von uns geschützt werden, als sie den Beträgen nicht widersprechen.

Reichsbankdirektor von Bethmann-Hollweg

Der Abgeordnete Diebemann v. Sonnenberg hat vorhin Anträge auf das Auswärtige Amt und seinen verdienstvollen Leiter gerichtet, die in ihrer Allgemeinheit das Innerste sind, was ich jemals gehört habe. Er sagte: „wer sich auf das Auswärtige Amt verläßt, ist verläßt.“ Eine solche Behauptung weise ich mit Entschiedenheit zurück. Der Herr Abgeordnete hat auch keinerlei Beweise erbracht, daß eine solche Behauptung berechtigt sei. Herr v. Diebemann hat aber außerdem auch noch einen Unterschied machen zu sollen geglaubt zwischen der Politik, die ich führe, und der Politik der mit unterstellten Behörden. Ein derartiger Unterschied darf nicht gemacht werden. Wenn Sie die auswärtige Politik angreifen wollen, so greifen Sie mich an! Ich kann die Berengründungen, die der Herr Abgeordnete gegen den Leiter des Auswärtigen Amtes gerichtet hat, nur als unverschämte Jurisdiktion! (Leb. Bewegung während dieser gesamten mit erregter Stimme gehaltenen Vorträge.)

Staatssekretär v. Schön

rechtzeitig gegenüber getriggen Ausführungen des Grafen Kanth die Zustimmung Deutschlands und der Antike-Verhandlungen zwischen Marokko und Frankreich und bestreitet gegenüber dem Abg. Stresemann, daß im diplomatischen Dienst der Adel bevorzugt werde. Die von demselben Abgeordneten angeregte Errichtung verschiedener Konsulate, namentlich auch in Sibirien, ist bereits in Angriff genommen. Der Abg. Stresemann habe gestern vielerlei Beschwerden über unsere Konsulate im Auslande vorgebracht. Aber was werde nicht alles unseren Konsulaten zugemutet! Man betrachte sie oft als Rechtsauskunftsstellen, ja man erwarte von ihnen sogar, daß sie die Rechtsprechung im Auslande beeinflussen sollten! Der Staatssekretär macht Angaben über verschiedene Fälle solcher zu weit gehender Zumutungen. Der Abg. Raupach habe eine Einwirkung auf Auslandsgewinn in Bezug auf die Behandlung indischer Handelsreisender. Die letzten Klagen wie von diesen seien auch von deutschen Konsulaten jüdischer Konfession erhoben. Auf erfolgte Korrekturen habe die russische Regierung geantwortet, eine Veränderung der Passengesetzgebung sei in Vorbereitung, ehe aber die neuen Vorschriften in Kraft getreten seien, müsse es bei dem Bestehenden verbleiben. Der Staatssekretär legt dann gegenüber den getriggen Beschwerden des Abg. Hanßen dar: ich lege Verwahrung dagegen ein, daß mir gegenüber Dänemark irgendwie die Vertragsstreue verletzten. Wir sind immer und überall durchaus loyal in der Auslegung vertraglicher Verpflichtungen. Wenn die Behörden sich zu irgend welchen Maßnahmen veranlaßt sehen, so handeln sie sicherlich in der Ausübung ihres guten Rechts und unter dem Zwange der Notwendigkeit. Die Behörden weisen niemand aus ohne gute Gründe. Das sollte niemand besser wissen als der Abg. Hanßen, denn ich nur wünschen kann, daß er seinen Pflichten als Bürger ebenso nachkäme, wie die Behörden dies tun in der Umwehrung deutschfeindlicher Bestrebungen. Endlich noch Herr v. Diebemann, er hat mit zu Unrecht nachgehakt, daß ich mir bei meiner Errückungen in Sachsen-Anhalt kommen lassen. Ich habe dem Einbruch bei der Herr Abgeordnete nicht persönlich entgegen und distinktionen will. Er hat sich auf die Seite derjenigen gestellt, die den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes durch hohes Ansehen und öffentliche Erwähnungen den Mangel unbedingter Bewunderung anerkennen wollen. Ich weise diese Verunglimpferungen von mir, und mit besonderem Nachdruck die Unterstellung, als werde mein Sinnen und Trachten und Tun von anderen Mächten bestimmt, als von der Mächtigkeit auf das Wohl des Vaterlandes.

Abg. Kuning (mtl.)

weist, daß in einem Falle in Silberritz (Hunkel und Reichel) für die benachteiligten Deutschen alles nur Erreichbare herausgeschafft wurde. Wie steht es mit der Beschleunigung der Rongogrenze und wie mit der Verlängerung der Guez-Kanal-Konvention? Die Geschlossen sollten ermöglicht werden. Keiner sollte wieder die Dampf-Konvention auf dem Kehl und Cuxhafen an Engländer verzeihen. Keiner tritt dann einmündig für die Mannesmannschen Ansprüche ein.

Abg. Daub (Sa.):

Die Herren sollten jetzt wirklich aufhören, diesen Standpunkt zu vertreten. Formale Rechtsgründe stehen den Herren Mannesmann nicht zur Seite, höchstenfalls Billigkeitsgründe. Dem Auswärtigen Amte irgend wie Komplimente zu machen, haben wir keinen Grund, schon nicht wegen der Frage der Ausweisungspraxis.

Staatssekretär v. Schön:

Die Verhandlungen über die Grenzregulierungen mit dem Kongostaat sind wieder aufgenommen und werden hoffentlich zu einem guten Abschluß gebracht werden. Wegen der Verlängerung der Guezkonvention haben die hauptsächlich interessierten Kreise keine Bedenken. Ein Ausgleich zwischen den Interessen der Schiffahrt und denen der Gesellschaft wird angestrebt werden. Bezüglich der Bahngedanken hat die türkische Regierung sich nicht des Rechtes begeben, nach eigenem Gutdünken die Frage zu regeln. Die Frage der Schiffahrtsgedanken konnte auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlung gelöst werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Bei den Gesandtschaften und Konsulaten spricht

Abg. Wolfstein (Wolfspartei)

gegen die Schiffahrtsgedanken.

Abg. Dr. Wörde (mtl.)

erörtert den Benezulischen Fall.

Staatssekretär v. Schön

erklärt, daß die Beschwerden des Saß zum Teil haltlos seien und keine Forderungen im übrigen den Grundrissen des Völkerrechts widersprechen.

Abg. Franz-Rattibor (Str.)

erörtert den Fall Hartmann in Montenegro.

Staatssekretär v. Schön

erklärt, daß es sich bei der Verhaftung dieses Berliner Hofstaatsdieners um ein Mißverständnis handelte. Der Fürst von Montenegro hat ihn persönlich entlassen und die dortige Regierung hat in einem Rundschreiben zur Vorlicht aufgefördert.

Der Etat des Auswärtigen Amtes wird erledigt.

Der Etat für das Reichshauptamt.

Die Gehalts-, Gehalts- und Votermatragen werden ausgearbeitet und sollen in einer der ersten Sitzungen nach Ostern behandelt werden.

Abg. Dr. Borenhoff (Sp.) spricht über die Mühlennamenssteuer.

Um 8 1/2 Uhr wurde die zweite Lesung des Etats zu Ende geführt.

Donnerstag 10 Uhr dritte Lesung des Etats.

Herrnhans.

4. Sitzung vom 18. März 1910.

Präsident Herr v. Mantensfeld eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Zunächst werden die neuernannten Mitglieder General von Biffing, Bandireiter von Gwinmer und D. Krupp von Bohlen und Halbach vereidigt.

Beim Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der bereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahr 1908 schildert Berichterstatter D. v. Burgdorff die gute Entwicklung der Staatseisenbahnen und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß der Minister alle Vorstöße von sozialdemokratischer Seite unter den Eisenbahnarbeitern mit allem Nachdruck entgegenzutreten müsse.

Graf Niebisch schließt sich den Ausführungen des Berichterstatters an.

Eisenbahnminister v. Breitenbach:

Die finanziellen Ergebnisse haben sich in der Tat unerwarteter Weise erfreulich gebessert. Die voranschreitende, im Etat angelegte Mehrerhebung von 1909 im Betrage von 83 Millionen wird um 65 Millionen überschritten werden. Bei der Wohnfrage müssen wir uns den wirtschaftlichen Verhältnissen anpassen. Die Gehälter der Beamten sind seit 1899 um 22 Prozent, die Löhne der Arbeiter um 24 Prozent gestiegen. (Hört, hört!) Mit den Löhnen dürfen wir nicht der Landwirtschaft, Industrie und Handel vorausziehen. Wir gewöhnen den Arbeitern außer dem Lohn große Vorteile, wir halten sie in guten und in schlechten Zeiten. Weiter haben die Arbeiter bei uns die Möglichkeit, in gefährliche untere Sozialschichten anzukommen. Das ist sicherlich bei 9000 Arbeitern der Fall. (Beifall.) Der Bericht wird durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Es folgen Eingemengungsanträge. Die Gelehtenwürde über die Erweiterung der Stadtbahn Frankfurt a. M., Efen, Köln, Ratisbon, Kiel, Sarburg und Magdeburg werden ohne wesentliche Debatte angenommen. Eine Petition des schlesischen Frauenverbandes und des schlesischen Vereins für Frauenzimmerrecht, die die Abschaffung der männlichen Stellvertretung für die bei kommunalen Wahlen stimmberechtigten Frauen verlangt, wird ohne Debatte dem Kommissionsantrag entsprechend der Regierung als Material überwieben.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 17. März, 12 Uhr. (Petition kleinerer Vorklagen.)

Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Ein faßliches Bismardwort.

D. E. K. Der Unterton, den die ganze Zentrumspolitik in den jetzigen Zeitläuften, die als ultramontane Grundlaglosigkeit vor neuen Triumpfen steht, beherzt, kommt in einem kleinen Distors der „Köln. Volksztg.“ über ein angebliches Bismardwort klar und deutlich zum Ausdruck. Am 10. März ließ sich das Blatt von einem „wohingewiesenen“ Volksticker schreiben, daß das Wort des Ultramontanen vom Jahre 1878 gegen die Nationalliberalen nicht getauert habe: „Ich werde nie an die Wand drücken, daß sie quieschen“, sondern: „Ich werde sie an die Wand drücken, daß sie Sauc geben.“ Der Volksticker der „Köln. Ztg.“ motiviert diese „Wandum“ folgendermaßen:

„Dah sie quieschen“ ist ein soß matter Ausdruck lag ja dem Fürsten Bismard ebenso wenig, wie er Herrn v. Dönnberg-Jannuschau liegen würde; denn darin sind beide allerdings weisensähnlich. In Wirklichkeit liegt der Ausdruck: „Ich werde sie an die Wand drücken, daß sie Sauc geben.“ Man sollte doch auch in solchen Kleinigkeiten die historische Klarheit endlich zu ihrem Recht kommen lassen, wenigstens, wenn es sich um einen Mann wie den Fürsten Bismard handelt.“

Obwohl die „Kreuzzt.“ in ihrer Nr. 118 vom 11. März die Darstellung der „Köln. Volksztg.“ in ihrem politischen Teil des Abdrucks würdigt, unter Sperrung der Fassung mit der „Sauce“, so verdient Bismard, daß man ihm glaubt. Er schreibt im zweiten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen“ auf Seite 157:

„Die geschmacklose und widerliche Redensart von dem „an die Wand drücken“ hat die Nationalliberalen „quieschen“, hat nie als in meinem Denken, geschweige denn auf meiner Lippe Platz gefunden, eine der lägenhaftesten Erfindungen, mit denen man politischen Gegnern Schaden zu tun sucht.“

Für die „Köln. Volksztg.“ spielt natürlich die geschichtliche Wahrheit nicht die Rolle wie die Ausschließung einer solchen gisfischen Legende zu parteipolitischen Zwecken. Gerade von einem unparteiischen nationalen Standpunkt erscheinen die Ziele des Zentrums nur zu deutlich. Es ist der Herrschaftsbedanke, dem es von jeher alle Grundrissen und Sachrisiken in der Politik geopfert hat; um allem als wirkliche Macht übrig zu bleiben, sucht es den Bruch zwischen den bürgerlichen Parteien unheilbar zu machen, es orientiert seine politische Mitarbeit immer so, daß ein Teil der nationalen Parteien „an die Wand gedrückt“ wird, um Sauc zu geben; am Ende trat ja die rote Flut dafür, daß Zentrum wieder Trumpf wird. Es ist ein Trauerspiel, zu sehen, wie im Kleinformat der Parteien zur Stunde von neuem die Geschäfte des Zentrums befolgt werden.

Kleine politische Nachrichten.

Zur Mannesmann-Anlagegeheit. Wegen das Kampferneuerung Gutachten, auf das sich der Abg. Schwedemann im Reichstagsverlauf, wendet sich der bekannte Arabist der Berliner Universitäts Prof. Dr. W. Fischer, in ändernden Auslassungen. Es heißt darin zum Schluß: „Ich komme also im Wesentlichen zu Herrn Bressler's, zu dem Schluß, daß die Rechtsgültigkeit des Vertragsgesetzes vom philologischen Standpunkt aus unanfechtbar ist.“

Das wichtigste Recht.

Unter der Spitzmarke „Aus einer Konfirmandenprüfung“ schreibt die „Magdeburger Zeitung“: „Als während der Prüfung der Konfirmanden in einer hiesigen Kirche der Geistliche die Frage stellte: „Welches Recht wird euch mit der Konfirmation zuteil?“, erfolgte von einem Volksschüler die Antwort: „Das Wahrscheinlich.“ — Auch ein Zeichen der Zeit!

Zur Vermehrung von Arbeiterentlassungen.

Das Reichsmarineamt übertrug der Wert in Wilhelmshaven Reparaturen von Schulschiffen, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden.

Wahre Toleranz.

Der „Schwarzwälder Bot“ in Oberndorf am Neckar berichtet folgenden Fall, der sich wie ein Märchen aus längst vergangener Zeit liest: In einer evangelischen Gemeinde habe sich die katholische Familie eines Priesters an. Vor wenigen Tagen kam die Frau in höchste Lebensgefahr, so daß der herbeigerufene (professionelle) Medizinalrat zum Empfang der Sterbehilfen (professionelle) rief. Da der Arzt gleichzeitig in der Pfarrersfamilie dienlich zu tun hatte, ward auch der evangelische Ortesprediger von der in Lebensgefahr befindlichen Wöchnerin unterrichtet. Sofort bestieg dieser ein Auto und fuhr nach dem 1 1/2 Stunden entfernten Städtchen, um den dortigen katholischen Stadtpfarrer zu verzeihen. Und bei gleich beschleunigtem Tempo nach der Gemeinde zurück, wo der katholische Priester seines Amtes wartete. Mit herzlichem Danke verabschiedete sich der katholische von seinem evangelischen Kollegen. Es geht auch so!

Massenpilgerzüge.

Anlässlich des Besuchs des Prinzen Eitel Friedrich im Heiligen Lande werden an tausend deutsche Katholiken und mehrere Hundert deutsche Protestanten nach Palästina pilgern.

Die Nationalgeitung

hatte bekanntlich vor kurzem die Meldung, daß sie am 1. April ihr Erscheinen einstellen werde, bemerkt, das Dementi ist zu treffend. Das Blatt hört erst am 1. Juli auf, zu existieren.

Sof- und Veronalnachrichten.

Der Kaiser nahm gestern vormittag im königlichen Schloße den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rates von Valentin entgegen.

Die offiziös von Rom gemeldet wird, trifft der Reichsanwalt v. Bethmann v. Hollweg am Nachmittag des 21. März in Rom ein und wird am 22. März vom König empfangen werden.

Nach dem „Reichsanwalt“ ist der bisherige außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Großherzoglichen lässlichen Hofe und bei den kaiserlichen Höfen Dr. Graf Botho von Wedel behufs anderweiter dienstlicher Verwendung von diesem Posten abberufen worden.

Ausland.

Das künftige chinesische Herrenhaus.

Das Recht man auf Belings Stadtmarkt den der Festinger Fremdenkolonie in belanten Spaziergang von Hutmen-Lor bis zum Observatorium, so liest man in der Nähe des letzteren zur Dinten auf Trimmerhäusern in tiefer Ausbehnung. „Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen“, so könnte man von dieser Trimmerstätte mit Recht sagen. Wohl an seiner Überlieferung haben die bisher so starr konservativen Chinesen so festgehalten, wie an ihren altvertrauten Schu-Lin-pu-lingen, deren höchste und letzte regelmäßig dort an jener Trimmerstätte in den normaligen unglücklichen Examen abgehalten wurde, wo sich jetzt das auf moderner Grundlage zu erbauende Herrenhaus erheben wird. Sprechender kann kein Gegenfall sein. Einst die tausendjährige Brauch entsprechende, auf dem toten Buchstaben und lediglich altfälliger Literatur aufgebaute Prüfung, jetzt das Herrenhaus als ein Grundriss des modernen Verfassungsstaates. Sobald der Schutz erst fortgerückt sein wird, soll mit dem modernem Neubau begonnen werden, der, wie es heißt, schon einem deutschen Baumeister übertragen ist und 800 000 Taels, das sind fast 2 400 000 Mark, kosten soll. Es erscheint allerdings fast ausgeschlossen, daß in diesem Jahr noch einmal benommenen Gebäude des Herrenhaus, das erste Einberufung dem Gesetze und Reformplan gemäß für dieses Jahr geplant ist, seine Eröffnungsfestung abhalten wird. Vielleicht wird dieser Umstand des noch nicht fertigen Gebäudes der chinesischen Regierung als willkommener Vorwand dienen, die Einberufung des Oberhauses noch etwas zu vertagen.

Kleine Tagesnachrichten.

Für ein Bündnis mit Rußland.

Aus Yokohama wird berichtet: Die Rede des Abgeordneten Dishi bei der Eröffnungsfestung des Parliaments der Arbeiterpartei, in der er ein russisch-japanisches Bündnis im Interesse Japans befürwortete, wird von allen Zeitungen lebhaft besprochen. Die Sinopresse ist von dem Vorschlage Dishi sehr eingenommen. Es wird, daß Amerika's propagierendes Politik über kurz oder lang zu einer Allianz zwischen Rußland und Japan führen müßte. Andere Blätter dagegen kritisieren den Vorschlag des Arbeiterführers abfällig. Sie mißbilligen vor allem, daß er Japans Beziehungen zu Amerika so schwarz male.

Halle und Umgebung.

Salle a. G. 17. März.

Der Verein der Liberalen

hält Freitag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, seine Monatsversammlung im Restaurant „Augustiner-Bräu“, Mittelstraße, ab.

Die Tagesordnung lautet: 1. Die liberale Einigung. (Referent W. Kausfert.) 2. Der augenblickliche Stand der Wahlrechtsvorlage. (Referent Herr Dellus.) 3. Sonstige politische Vorgänge. Eingeführte Gäste sind immer willkommen.

Der Staatswissenschaftliche Ferienkursus

an unserer Universität hat am gestrigen Mittwoch unter sehr harter Beteiligung begonnen. Teilnehmerarten sind jetzt nur noch beim Universitätskassellan zu haben.

Rundgewerbetreiben.

Sonabend, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, findet, woran nochmals erinnert sei, im unteren Saal der Loge „Zu den drei Deegen“ am Paradeplatz ein Vortrag mit Musikern von Stadtbaumeister Prof. S. Gräßel aus München über „Grabdenkmäler und hässliche Friedhofsanlagen“ statt. Mit dem Vortrag ist Anstellung von Entwürfen ausgeführter Friedhofsanlagen verbunden. Der Eintritt ist frei. Gäste sind willkommen.

Diga Desmond im Apollotheater.

Diga Desmond begann gestern abend ihr Gastspiel im Apollotheater. Der Tänzerin geht ein glänzender Ruf voraus. Doch es war nicht zurecht, was man sich von ihr erwartete. Sie hat man die vier Melodien, die sie sangte, besser illustriert gesehen. Die Künstlerin übertrifft alle ihre Rivalkinnen an Lieblichkeit, Weichheit und Grazie. Es ist ihr beizur Kunstgüte, das niedliche Persönchen über den Boden schweben zu sehen. Voll Raffetierie und Charme hüpf, tänzelt und trippelt sie über die Teppiche. Mit atemloser Spannung verfolgt das Publikum jede ihrer Bewegungen. Den tausenden Beifall verdient sie, wie keine zweite. Heute abend mehr über die Tänzerin.

Auszeichnung. Herr Otto Wellmann, Konsulatssekretär beim Generalkonsulat in Singapur (Hinterland), ein Sohn unserer Stadt, ist mit dem Kaiser Franz Josef von Oesterreich gestiftete Jubiläumskreuz ausgezeichnet worden. Herr Wellmann war vor einigen Wochen, wie wir bereits berichtet, bereits dem hiesigen braunschweigischen Orden Heinrichs des Löwen 4. Klasse vom Herzogregenten Johann Albrecht persönlich verliehen bekommen.

Personalnachrichten der Oberpostdirektion. Angenommen ist zum Postamt der Kreispoststationer Barke in Radis. Verlegt sind der Poststationer Schmidt von Reh nach Halle, der Oberpostassistent Briesner von Weipens nach Naumburg, die Postassistent Bremer von Gönner nach Bitterfeld und Max Müller von Halle nach Rühst, ferner der Telegraphenassistent Streper von Quersfurt nach Merseburg. Angestellt sind als Postsekretär die Postsekretäre Julius Müller aus Halle in Ohlau und Griebel aus Halle in Eisenberg, als Telegraphenassistent der Telegraphenassistent Hans aus Berlin in Breslau. In den Ruhestand treten der Oberpostassistenthaller Horste in Halle, ferner die Postsekretäre Brühse in Wittenberg und Hornbogen in Alstedden.

Patenterteilungen. Wilhelm Biegand, Merseburg, a. S.: Kontinuierlich wirkender Verdampfer mit leitenden Heizrohren und einem oder mehreren Verdampfungsröhren. Gebrauchsmuster-Eintragungen: Richard Baatz, Halle, a. S.: Refektor für Nähmaschinen.

Dem Verbands der landwirtschaftlichen Genossenschaften für die Provinz Sachsen sind jetzt 1067 Genossenschaften angeschlossen; darunter sind 626 Spar- und Darlehnsstellen und 255 Volkserien.

Daphnia, Verein für Aquarien- und Terrarienkunde. Die nächste Sitzung findet Freitag abend 9 Uhr in der Dresdener Bierhalle, Raulenberg, statt. Vortrag über einheimische Fische, ihre Pflege und Zucht. Gäste sind willkommen.

Die Säbände der Gewerze werden gestern abend in die Brauhausstraße 27 gerufen, wo in der Günterschen Brauerei eine Kohlenstaubexplosion explodiert war. Ohne weiteres Einschreiten konnte der Zug jedoch wieder abfahren.

Provincial-Nachrichten.

Steuernachrichtigung.

Elfurt, 15. März. Der südliche Etat für das Verwaltungsjahr 1910/11 beläuft sich auf 5 653 800 Mark, gegen das Vorjahr mehr 472 500 Mark. Der Einkommensteuereinzugs bleibt bei 158 Prozent wie im Vorjahre stehen, dagegen hat die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert eine Ermäßigung von 2,94 pro Mille auf 2,90 pro Mille erfahren.

Ein neues Dynamit-Mittellat.

Hergisdorf, 16. März. Heute nacht zwischen 12 1/2 und 12 3/4 Uhr erfolgte am Hause des Steigers der Mansfelder Gewerkschaft S. Brauer, hier, eine Explosion einer Bombe. Die Patrone war in das Fenster der Schlafkammer gelegt worden, zum Glück wurde durch die Explosion aber niemand verletzt. Die Wirkung war mehr nach außen, da sie her haben vor dem Fenster nach innen abgeblüht war. Auf die Betten der bereits schlafenden Familie S. waren nur Teile der Fensterkerzen gefallen. In mehreren Häusern der Nachbarschaft wurden die Fensterkerzen eingedrückt. Es ist dies in kurzer Zeit der zweite Dynamitanschlag, der gegen Gewerkschaftsbeamte verübt wird.

Ein Gedenktag.

Helmstedt, 14. März. Heute vor 100 Jahren, am Abend des 14. März, kamen die Angehörigen der Universität Helmstedt zu einer letzten Versammlung im Juleum zusammen. Dr. phil. Wilhelm Julius Wolff, oberster Lehrer am Juleogymnium zu Helmstedt, hielt in der hiesigen Kirche eine feierliche Rede voll Weisheit und Dankbarkeit. Am anderen Tage fand noch ein gemeinamer Gottesdienst statt. Dann hatte Helmstedts Universität aufgehört zu existieren. Verdrückt lag das Juleum lange Zeit da. Längst ist die schwere Wunde, die der Stadt gefolgt war, vernarbt, und neues Leben blüht aus den Ruinen.

Die neue Kirche in Bitterfeld.

Bitterfeld, 14. März. Die neue Stadtkirche, die morgen feierlich geweiht wird, erhebt sich an derselben Stelle, wo die alte Kirche stand. Die Umgebung ist infolgedessen verändert, als durch Niederlegung von Säulen eine Vereinigung des Kirchplatzes mit dem Marktplatz geschaffen ist. Die Gesamtansicht der Kirche wirkt sehr zu umfassen, vermittelt allerdings der vornehmenden Giebel der alten Kirche. Den ersten Entwurf zu dieser Kirche lieferte als letzte Arbeit vor seinem Tode der Geheimde Oberbauteil Spitta im Kultusministerium, die oberste Aufsicht über die Planbearbeitung und den Bau der Kirche führte der Dezentrat für Kirchenbau im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Geheimde Oberbauteil Hofffeld, für die königliche Regierung in Merseburg hatte die Oberleitung Regierungsrat und Geheimde Baurat Kieser in Merseburg. Der erste ausgeführte Bauentwurf wurde durch den leitenden Lokalbeauftragten Kgl. Kreisbauinspektors Baurat Engelhardt in Delitzsch aufgestellt, die örtliche Bauleitung lag in den Händen des Kgl. Kreisbauinspektors Gensel, dem für die umfangreichen Arbeiten des inneren Ausbaues die Regierungsbauführer Hubert und Spielberg, sowie während der ganzen Bauzeit der Techniker Lütkendorf, und für die erste Zeit Techniker Rappendorf zur Seite standen. Die Baukosten wurden auf 280 000 M. veranschlagt, von denen 1/2 die Kirchengemeinde, 1/4 der Patron, die Kgl. Regierung, zu tragen hat.

Die Gloden tragen folgende originale, vom Superintendenten verfasste Inschriften:

Ich liebe zwar sehr hoch,
Doch nur ich sehr weit;
Bedenkt, Ihr Christen doch,
Ihr geht zur Ewigkeit.
und:
Ich grenze an die Sternenwelt,
Und rufe dich, Stadt Bitterfeld!
Deiner Bürger Arbeit schaue ich,
Du, Bürgerpflicht, höre mich,
Den deinem Gott, ohne dessen Günst
Doch ist dein Miß und Arbeit umflut.
endlich:
Mein Klang verweht,
Mein Erz verweht,
Was Luther als Gottes Wort
Klingt über alle Zeiten fort.

Die Gloden werden von einem Elektromotor bewegt. Ohne die Automatische waren etwa 8 Mann zum Läuten der Gloden erforderlich.

Abbitte von der Kanzel.

Wörlitz, 14. März. Der seltene Fall, daß ein Geistlicher von der Kanzel herab seiner Gemeinde Abbitte leisten muß, hat sich gestern im benachbarten G. rone ereignet.

Das Verhalten des Pastors Stredter, der strenge Kirchenzucht übte, führte dazu, daß eine in einer Gemeindeverammlung eingehende Kommission eine Eingabe an das Konsistorium richtete, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß ein Massenaustritt aus der Landeskirche zu befürchten sei, wenn die Zustände so bleiben würden, wie sie bisher waren. Infolge dieser Eingabe haben am Mittwoch im hiesigen Landratsamt zwischen dem Kirchenvorstand und Vertretern der Regierung Verhandlungen stattgefunden, in denen die Vereinbarung getroffen wurde, daß Pastor Stredter am Freitag Sonntag von der Kanzel herab Abbitte leistet und der Gemeinde verspricht, ihr künftighin unter Vermeidung aller Heftigkeit und Schärfe zu dienen. Diese Erklärung hat denn auch Pastor Stredter am gestrigen Sonntag nach der Predigt von der Kanzel herab gelesen. Trotzdem scheint die Gemeinde auf einer Verlesung des Pastors bestehen zu wollen.

Am Sonnabend abend fand eine Versammlung der Kirchengemeinde statt, in der eine Resolution an das Kultusministerium angenommen wurde, welche die schlechte Verlesung des Pastors Stredter fordert, da sich andererseits die Kirchengemeinde gezwungen sehen würde, sofort und einmütig den Austritt aus der Landeskirche beim Amtsgericht Wörlitz zu erklären. Außerdem forderte die Versammlung, die Kirchenvorstände auf ihre Vertreter sofort niederzusetzen, da sie diese nicht zum Wohle der Gemeinde ausgeübt hätten.

Eine verzeiwelte Mutter.

Waltershausen, 15. März. Hier kürzte sich eine Frau Otto Spöhler mit ihren drei und fünfjährigen Kindern in den Teich; ein Kind konnte gerettet werden, das andere und die Mutter ertranken.

Weipens, 16. März. Unter dem Verdacht des Anführersgehens wurde gestern der Schuhfabrikant Ernst Schäfer, der Besitzer der ehemals Raubschneiders Schuhfabrik, festgenommen. Die in Johnstonschneiderei geratene Firma beschäftigte etwa 40-50 Arbeiter.

Quersfurt, 15. März. Die Arbeiten am Bahnhau Quersfurt (Mühlchen) schreiten rüstig vorwärts. In der Remisdorfer Straße sind die Erdarbeiten und Ueberbrückungen im vollen Gange. Auf dem hiesigen Bahnhof werden verschiedene Veränderungen und auf der Strecke nach Ohlau wegen Einmündung der neuen Bahn Erweiterungen der Gleisanlage vorgenommen.

Quedlinburg, 14. März. (Eine Uraufführung in Quedlinburg.) Eine besondere Freude wird den Quedlinburgern in Kürze bereitet werden durch die Aufführung von „Schwarzrotgold“, einer Studentenoperette, deren Text von einem Quedlinburger Kind verfaßt und auch von einem unserer Mitbürger verlegt ist. — Es wird eine Uraufführung werden, weil Text und Musik seit der Halbverjährten Aufführung wesentlich umgearbeitet und noch hübsmengerichtet gemacht sind. Direktoren von nah und fern sind eingeladen. Die Rolle des Hermann hat Herr Hofopernsänger Spies von Braunschweig übernommen. Frau Dr. Müller-Kabdt hat sich bereit finden lassen, noch einmal in Quedlinburg die Bretter zu betreten und uns in der Hauptrolle des „Hermanns“ zu erfreuen. Die auf 30 Mann verstärkte Militärmusik mit Barke wird vom Komponisten selbst dirigiert. Ein hiesiger Gesangsverein verleiht den Chor.

Königsberg (Südbrg), 15. März. (Ostbau-Berein - Schneepfen.) Der hiesige Ostbau-Berein hielt in seiner gütlichstigen Sitzung am vorigen Sonntag abend Rechnungslegung pro 1909 mit einer Einnahme von 206 Mark und einer Ausgabe von 190 Mark nebst einem Spar-Guthaben von 85 Mark, wobei der alte Vorstandes pro 1910 und einem Bericht des Vorstehers über den Stand und die jetzt nötigen Arbeiten in den beiden Baumhäusern, ferner Angaben über richtige rationelle Ostbaumbündung und Befämpfung der Schädlinge, Interessantes über den Gravenstein, vergleichende Wertschätzung der beiden Ostbaufähigkeiten Christihsleiter und schwefelsaures Ammoniak und zeitgemäße Vorträge über Elektrizität in dem Lande und Elektrifizierung des Harzes. — In der Woche vor Cubica hinaus wurden vom Förster Rnapp an Forsthaus Schlegelgraben 3 Schneepfen geschossen.

Oberhof, 15. März. (Zwangsvorleistung.) Bei der Zwangsvorleistung des Dr. Weidmannschen Auktions „Marienbad“ wurde ein Höchstgebot von 524 500 M. erzielt. Dieses Höchstgebot, das sämtliche Hypotheken bedeckte, wurde von einem Konsortium auf den Namen der Frau Dr. Weidmann abgegeben. Das Konsortium besteht aus dem bergischen Hofkammer in Gotba, einem Berliner Arzt und mehreren Hotelbesitzern in Oberhof und hat sich mit einem Kapital von 250 000 M. gebildet.

Magdeburg, 15. März. (Aus der Konfirmationsprüfung.) Während der Prüfung der Konfirmanden in einer hiesiger Kirche der Geistliche die Frage stellte: „Welches Recht wird euch mit der Konfirmation zuteil?“, erfolgte von einem Teilnehmer die Antwort: „Das Wahre!“ — Auch ein solcher Fall!

Schwäge, 15. März. (Im Reichstinn.) In Wörlitzhausen lebte in einer Wirtshaus ein Fremder ein, der in angeleitetem Zustande weckte, daß er auf einem Sella tanzen könne. Er ließ sich eine Deime geben, spannte sie und eine Telegraphenstange an eine acht Meter entfernte stehende Linde und begann seine

Kunststücke. Hierbei kürzte der Seiltänzer so unglücklich ab, daß er tot liegen blieb. Die Leiche des Verunglückten wurde auf einem Wagen nach seiner Heimat gebracht.

Sondershausen, 14. März. (Urnenfunde.) Am Sonnabend veranfaßten verschiedene Herren von hier, Hoheneba und Derspier auf erfolgte Benachrichtigung von Grabräubern aus dem großen Acker des Landwirts F. Steinbrück-Hoheneba an der uralten Heerstraße des Hohenstaufen Ausgrabungen, die verschiedenes zutage brachten. Besondere Funde an drei Stellen die Steingräber bloßgelegt. Gleich an der ersten Stelle legte man eine vollständige Grabkammer frei. Nur die Deckplatten waren — wohl durch den Pflug — bereits beiseite, auch fanden sich nur wenige Knochenreste und Scherben einer einzigen Urne darin. Die Grabkammer, nur 30 Zentimeter unter Tage und genau von Süden nach Norden angelegt, hatte 2 Meter Länge, 35 Zentimeter Breite und 35 Zentimeter Tiefe. 8 Meter davon parallel befand sich in 40 Zentimeter Tiefe eine ganz gleiche Kammer, in der man eine fast vollständig erhaltene, schlichte, kleine Urne und die Bruchstücke von noch zwei häufig geformten Gefäßen fand. Die Ausbeute einer dritten Ausgrabung ergab den Fund eines wiederum anders geformten Tongefäßes, einer größeren, ganz breiten Urne. Da das Grabansehen eines ganzen Grabfeldes vermutet wird, werden die Ausgrabungen fortgesetzt, die der Besitzer in zumorkommender Weise die Erlaubnis dazu erteilt hat. — (Aus dem Voglande, 15. März. Winter.) Raum hatte sich die Bevölkerung des östlichen Voglandes in die förmlich warme Witterung hineingelebt und man sich schon an die Gartenbesorgungsarbeiten anzuführen, als der Sonntagabend plötzlich eine Temperaturumwälzung brachte. Es trat Schneefall ein, der die Nacht hindurch anhielt, und früh zeigte das östliche Vogland wieder die schönste Winterlandschaft. In Wald und Flur liegt der Schnee noch.

Letzte Nachrichten.

Beschlagnahme einer Zeitung.

H. Frankfurt a. M., 16. März. In der Buchhandlung der „Volksstimme“ wurde ein Exemplar der „Wiener Wärgzeitung“ konfisziert, weil darin ein Farbdruck aus dem Jahre 1848 reproduziert worden war, der die große Barrikade nächst der Johannisstraße unter dem Befehl des Generals Bem wiedergibt. Die polizeiliche Beschlagnahme ist vom Amtsgericht auf Grund der §§ 110 und 130 des Strafgesetzbuches bekräftigt worden.

Fahrdarunterfahrlife.

Hamburg, 16. März. (Privattelegramm.) Die hiesige Kriminalpolizei beobachtet augenblicklich auf ihr Gebiet die Passagiere der von Amerika kommenden Schiffe, weil vermutet wird, daß zwei Schwindler, die von New York nach Europa flüchten wollten, hier landen werden. Man haben vor einigen Tagen über große Fahrdarunterfahrlife berichtet, die in Ohio in Szene gesetzt wurden. Es handelt sich um Beträge von insgesamt 2 Millionen Mark.

Hochwasser in Südfrankreich.

v. Paris, 16. März. (Privat-Telegr.) Wie aus Toulon berichtet wird, sind in den tiefer gelegenen Stabteilen große Ueberschwemmungen eingetreten, durch die enorme Verheerungen angerichtet wurden. Zahlreiche Wohnungen stehen unter Wasser; ein Schulgebäude ist eingestürzt, wobei zwei Kinder ums Leben kamen. Das Wasser steigt rapid; man befürchtet ernste Unglücksfälle.

v. Nimes, 16. März. (Privat-Telegr.) Durch anhaltend starke Regengüsse in den letzten Tagen ist die Rhone sowie ihre Nebenflüsse rasch gestiegen. Bedeutende Landstreden wurden überflutet. Die landwirtschaftlichen sowie die Weinbergsarbeiten erleiden ganz erhebliche Unterbrechungen.

Der Besuch des Bulgarenkönigs in der Türkei.

H. Konstantinopel, 16. März. Das bulgarische Königspaar wird hier drei Tage offiziell empfangen. Die Empfangszeremonien vom erstenmal nach europäischem Muster zugeschnitten sein. Der Sultan wird das Königspaar am Bahnhof erwarten. Dienstag findet im Palast von Dolma Bagiche große Galafest statt, an welcher der Thronfolger und eine Anzahl kaiserlicher Prinzen teilnehmen werden.

Explosion in einem Steinbruch.

H. Hardheim, 16. März. Eine furchtbare Explosion ereignete sich in einem Steinbruch bei Hardheim. Ein an der Feldschleife beschäftigter Arbeiter schürte das Feuer, ein leichter Windstoß führte dabei einen Funken in die in einer kleinen Entfernung davon stehende Pulverkammer, die drei Arbeiter lebensgefährlich verletzt wurden. Einer von ihnen ist bereits seinen Verletzungen erlegen.

Unterhaltungsblatt.

Roman-Vorlesung. — Frau Leutnant. — Grafenhaus von Feinrich Re. (Fort.) — Die Talschneuz. — Elze von R. Ritterweg. — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Literatur.

Setzung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Briefe und Vermischtes: Paul Schumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Enbrulat; Druck u. Verlag von Otto Hübner. — **Stämlich in Halle a. S.** — **Diese Nummer umfasst 8 Seiten.** — **entsprechlich Unterhaltungsblatt.**



Diebe in der Grub der Romanows.

Die Grub der Romanows in der Peter Paulskirche ist wieder einmal heillos worden. Man suchte anfanglich...

Es ist nicht der erste Diebstahl, der in der nächsten Umgebung der kaiserlichen Familie geschehen ist. Nach dem Tode...

Man sieht, sprechen sich richtig die Leips. Knechten Stadtrichtern, daß selbst die kaiserliche Hofhaltung von...

Kempinski

Der Begründer des Berliner Weinbaus Kempinski, Berthold Kempinski, ist im Alter von 66 Jahren an...

Wegen Diebstahls zweier wertvoller Ringe wurde der Hausbesitzer eines Kaufmanns in Düren, ein Farbiger von der Insel...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“) Am Kassamarkt notierten höher: Schultheiss-Brauerei...

Wann Kursnotizen. Berlin, 16. März. 4) Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 101,75/4...

Der Kalk-Kuxenmarkt.

Table with columns for location (Berlin, den 16. März), item (Adler-Kalk, Alsen-Kalk, etc.), and price (Gold, Brief).

Vom internationalen Zuckermarkt.

Nh. Während der abgelaufenen Berichtswochen waren die Kurse an den Zuckermärkten sehr starken Schwankungen unterworfen.

Waren und Produkte.

Berliner Probierbörsen 16. März. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. 221,00 223,00 ab Bahn und frei Mühle...

Hamburg, 16. März. (Getreidemarkt) Weizen still, Ostholst. Mecklbg. 182-202. Roggen still, Mecklbg. und Pomm. 151-156.

Havre, 16. März. Kaffee good average Santos per März 45 1/2, per Mai 48 per Sept. 47 1/2, per Dez. 47.

Berlin, 16. März. Kartoffelmehl a -Stärke 20,75-21,25. Feuchtheit 21,00-21,50.

Köln, 16. März. Rohöl loco 59,00, per Mai 58,50. Hamburg, 16. März. Stachelschmalz 50,00, amerik. Steam 70,25.

Berlin, 16. März. (Städtischer Schlachthofmarkt) Amlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 376 Binder, 3154 Kalber, 1263 Schafe und 15.421 Schweine.

Bremen, 16. März. Baumwolle still. Upl. loko middl. 75,50 Pfg. Liverpool, 16. März. Aegyptische Baumwolle per März 14,65.

New York, 16. März. 153. Chicago, 16. März. 153. Weizen per Mai 123 1/2, 123 1/2.

London, 16. März. Chilli-Kaffee stetig 58 1/2, 3 Mon. 59 1/2. Zinn Straite stetig 143 1/2, 3 Monat 144 1/2.

Wasserstände. (ab bedeutet über, - unter Null.) Atern, Bröckenpegel 15. März +1,01, 16. März +1,10.

Grosse Leipziger Strassenbahn. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 10 Proz. fest. Neugewählt in den Ausschuss...

Aussig, 16. März. Peggelstand 53 cm. Vom Oberrand werden 25 cm Fall gemeldet.

